

Dresdner Volkszeitung

Hauptschredaktion: Dresden
A. Ben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gehr. Amhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abgabe eines halben Pfennigs mit den wöchentlichen Beilagen
nach der "Arbeit" und "Welt und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Ergänzungsnummer 10 Pf.

Schreibstube: Weinbergplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weinbergplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Kleinverbreitung 10 Pf.

Nr. 287

Dresden, Freitag den 11. Dezember 1925

36. Jahrg.

Die sozialdemokratischen Forderungen

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion befaßt sich am Donnerstag nach der Plenarsitzung nochmals mit der Lösung des Regierungsproblems. Sie legte ihre Auffassung in einer Entschließung nieder, die nach am gleichen Abend mit einem Begleitbrief dem Reichspräsidenten übermittleit wurde. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion macht ihre endgültige Entscheidung von der weiteren Klärung der politischen Situation abhängig und ermächtigt ihre Vertreter, nach Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Parteien die nötigen Grundlagen für die Entscheidung der Fraktion zu schaffen. In diesen Verhandlungen legen wir Wert auf die Erörterung folgender Punkte:

- Offenes Eintreten für die Republik, Abwehr aller monarchistischen Restaurationsversuche.
- Natürliche Verbindung des internationalen Antimilitarismus, Abkommen von Washington; Verabschiedung eines Abwehrgesetzes unter Wiederherstellung des selbständigen Normalzustandes.
- Selbständige Verabschiedung des Gesetzes über Erwerbslosenversicherung, Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge nach den sozialdemokratischen Anträgen im 9. Ausschuss des Reichstages.
- Wandelspolitik mit dem Ziel der Förderung des inneren Exports.
- Durchführung des § 165 der Reichsverfassung; Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrates unter Aufsicht der Reichsregierung; der Reichsministerkonferenz und parlamentarischer Berufssammern.
- Verwirklichung der Mietenerhöhung; Erhöhung des Beitrages für gemeinnützigen Wohnungsbau.
- Keine Senkung der Einkommensteuer, solange die Anwesensteuer und die Lohnsteuer im bisherigen Ausmaß bestehen. Offenlegung der Steuerlisten zur Milderung des Steuerdrucks.
- zurückziehung des Reichsschulgesetzentwurfes. Reichsgesetzliche Regelung der Gütersteuerabfindungen mit rückwirkender Kraft.
- Saldiger Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Heber die persönlichen Garantien ist noch Einigung über das schließliche Programm zu verhandeln.

Wir nehmen an, daß diese Forderungen auch für eine Minderheitsregierung gelten sollten, sofern sie auf Unterstützung durch die Sozialdemokratie rechnen. Für die bürgerlichen Parteien dürfte dieses Programm keine Überforderungen bringen; es sind bekannte und selbstverständliche Forderungen, die nicht von der Tagesordnung verschwinden. Die Gewandtheit dazu offen: „Daß man über die sozialdemokratischen Forderungen reden kann...“ Das Blatt schreibt dann weiter:

„Aber eine Reihe Anregungen wird sich leicht eine Forderung ergeben lassen, andere werden weniger reibungslos zu erledigen sein. Es ist natürlich, daß die wirtschaftlichen Fragen im Vordergrund stehen. Ein Teil der sozialdemokratischen Punkte verlangt in der Tat eine baldige gesetzliche Regelung. Die Forderung der Zurückziehung des Reichsschulgesetzentwurfes ist deshalb nicht von besonderer Bedeutung, weil in diesem Reichstag keine Mehrheit für diesen Entwurf vorhanden ist. Heber die persönlichen Garantien wollen die Sozialdemokraten nach Einigung über das schließliche Programm verhandeln. Die beste Garantie verfaßt sie im Hinblick auf die Reichsregierung einbringen, sich für die Durchführung ihrer Forderungen einsetzen und die Verantwortung für sie übernehmen. Dieser Verantwortung kann die Sozialdemokratie auch dann nicht entziehen, wenn eine bürgerliche Minderheitsregierung zustande kommen sollte, die doch nur zum mindesten unter stillschweigender Zustimmung der Sozialdemokraten arbeiten könnte. Die Aufgabe ist ein solches Minderheitskabinett von den Minderparteien innerhalb der Regierung abhängig ist, hat das Zentrum vorzuziehen, eine solche Minderheitsregierung abzulehnen. Schützt die große Koalition, dann ist die weitere politische Entwicklung überhaupt nicht absehbar. Im Zentrum ist jedenfalls keine Meinung vorhanden, daß ein Minderheitskabinett zu beteiligen.“

Das Zentrum läßt natürlich alle Mienen springen, um die Regierung mit der Sozialdemokratie zustande zu bringen. Wenn das Zentrum wieder mit den Deutschnationalen in eine Regierung gehen muß, so wird sich die innere Haltung dieser Partei, die mit dem Fall Brüning begann, verändern. Wir hoffen, daß die Sozialdemokratie trotz all diesen Überlegungen und halben Verheißungen es ablehnt, die Verantwortung für die gegenwärtige Situation, die von den Parteien des Sozialbundes verändert wurde, mit sich zu übernehmen.

Der Führer der Opposition in seiner Bedeutung ebenso hoch eingeschätzt wie der Führer der Regierung, denn dort ergänzen sich beide. Englische Regierungsparteien und englische Opposition sind zusammen das englische Volk. In Deutschland vermischt man leider die staatsmännische Opposition. Hier vertritt die Opposition das Volk vom Himmel und fühlt sich nicht verantwortlich für die Notwendigkeit, das Programm ihrer Oppositionstellung auch einmal in der Regierung durchzuführen. Es ist bezeichnend, daß die Sozialdemokratische Partei sich bereit erklärt hat, über die Regierungsbildung zu verhandeln, daß sie aber gleichzeitig ein Programm von zehn Punkten überreicht. Bei einem Parteiprogramm kann die Regierung wohl in Kompromissen bestehen, der Deutsche aber glaubt, er könne nur mit seinem Programm fertig werden.

Die deutsche Außenpolitik muß ohne Macht und ohne Soldaten vorwärts kommen. Da ist mit Schlagworten, Reden und Gesängen allein nichts zu machen, sondern nur mit nüchternem verhandlungsmäßiger Politik. Wir sind es, in der Deutschen Volkspartei, gründlich satt, uns folgen zu lassen, daß andere uns an Nationalgefühl überlegen. Wenn diese Art Polemik nicht aufhört, dann wird es für uns ein Ding der Unmöglichkeit sein, mit denen, die uns auf diese Weise angreifen, wieder zusammen zu arbeiten. (Stürmischer Beifall.)

Aus den Berichten, die uns über Stresemanns Rede bis jetzt zu Augen kamen, geht nicht klar hervor, welche „Mängel der Opposition“ er den Deutschnationalen, welche er den Sozialdemokraten zuschreibt. Auch wir sind der Meinung, daß die Partei der Deutschnationalen überhaupt nur Forderungen aufstellt, die von keiner deutschen Regierung zu verwirklichen sind. Aber wenn sich Herr Stresemann schon dagegen wendet, daß die Sozialdemokratie überhaupt mit einem Programm in eine Regierung eintritt, so hat er sich denn doch mit der Kritik ein wenig überlassen. Koalitionen verschiedener Parteien sind überhaupt nur so herzustellen, daß jede Partei mit ihren Forderungen hervortritt, und Sache der Verhandlungen ist es dann, ein für alle an der Regierung beteiligten Parteien erträgliches Kompromiß zu finden. Der Führer der Volkspartei hat auf andere parlamentarisch regierte Länder verwiesen. Er denkt an England und Frankreich. Aber gerade an den englischen und französischen Regierungskreisen der letzten Zeit hätte er lernen können, wie selbstverständlich es in diesen Ländern ist, daß die Parteien ihre Forderungen an die neue Regierung stellen, ehe sie sich für oder gegen sie entscheiden. Und wenn dann in diesen Ländern eine Regierung auf der Grundlage solcher Vereinbarungen zustande kommt, so werden diese Vereinbarungen gehalten.

Die Sozialdemokratie hat bisher in deutschen Reichsregierungen andere Erfahrungen machen müssen. Ihre Forderungen wurden abgelehnt und dann bemächtigt sabotiert. So erging es der Sozialdemokratie weniger mit der Weimarer Koalition als mit jenen beiden großen Koalitionen Nr. 1 und 2 unter Stresemann im Jahre 1923. Die Schwerindustrie schloß ihren jungen Mann vor — und die Volkspartei mußte in der Regierung plötzlich nichts mehr von Verhandlungen über den Antitrustvertrag. Die volksparteiliche Großindustrie revoltierte gegen die Abmachungen — und die volksparteilichen Minister wählten plötzlich nichts mehr von ihrem Versprechen, die Erfassung der Sachwerte mit durchzuführen. Wenn eine der bisherigen deutschen Regierungsparteien von anderen Ländern lernen kann, wie Koalitionsabmachungen zu halten sind, dann gerade die Partei Stresemanns. In den Koalitionen, in denen die Sozialdemokratie bisher mit der Volkspartei zusammenging, betätigte sich diese vor allen Dingen in der Kunst, die Sozialdemokratie zu überlöpfeln, während in den Westländern gemeinsame Regierungsarbeit wirklich auf die Grundzüge von Treu und Glauben gestellt ist.

Wenn wir solche Erfahrungen mit der Volkspartei in bisherigen Koalitionen machen mußten, dann sind wir auch nach wie vor gegen eine Beteiligung an einer neuen Großen Koalition.

Der unmögliche Staatsgerichtshof Fort mit ihm!

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik dürfte nach Ablauf seiner Amtsperiode, die vom Reichspräsidenten auf fünf Jahre festgesetzt ist, entsprechend einem Beschluß des Reichsausschusses des Reichstages aufgehoben werden. Auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses haben für die Aufhebung gestimmt, da die Partei auf seine weitere Existenz ebenfalls keinen Wert mehr legt, nachdem der Staatsgerichtshof in den letzten Monaten nach der Auffassung der breiten Massen ein Fehlurteil nach dem anderen fällte. Das allernächste unheimliche Urteil ist das gestern gefällte Gerichts Urteil gegen sächsische Kommunisten.

Das durch das Gesetz zum Schutze der Republik geschaffene materielle Recht wird durch die Aufhebung des Staatsgerichtshofes natürlich keineswegs berührt. Ein „Heberverleumdungsgesetz“ wird die Beurteilung der Straftaten regeln müssen, und zwar die Verurteilung der Minister durch die Schöffengerichte, die Schmähungen der Reichsforsten und der Institutionen der Republik durch die Strafgerichte.

S. M. S.

Von Hermann Wendel

Wenn sich der deutsche Imperialismus bei der dünnen Schicht seiner großkapitalistischen Magnaten im Behagen an hohen Dividenden offenbart, so trat er in der breiten Masse seiner kleindürgerlichen Mitläufer als Schwärmer für „unsterbliche Jungens“ auf; S. M. S. — Seiner Majestät Schiff war ein Begriff, der nicht nur Bodschiffherzen höher schlagen ließ. Als freilich die Wölfe der Novemberrevolution 1918 durch die vieler Matrosenmütze ins Rollen kam, hatten alle schwarzweißroten „Patrioten“ einen Ekel vor „unsterblichen Jungens“; deutsche Thronhelden verpönten sogar für ihren männlichen Nachwuchs die sonst beliebten Matrosenanzüge und Marinemützen. Jetzt jedoch hat das Blatt abermals zu wenden, denn — das sicherste Zeichen — verlogene Kesselfilme wie „Die eiserne Braut“ machen für die wilhelminische Marine in der Tat auch geliebte deutsche Republik Bekanntschaft. Da kommt ein eben im Verlag J. G. D. Dieck Nachfolger, Berlin, erscheinendes Buch „Menschen und Schiffe in der kaiserlichen Flotte“ von L. Persius sehr zupass, zu zeigen, wie es eigentlich in Tirpitz Reich aussah.

Auch die Gegner werden nicht bestreiten, daß hier ein Fachmann über sein Fach schreibt. Fast ein Menschenalter hat Persius der kaiserlichen Marine als aktiver Offizier angehört und auf zweihundzwanzig Kriegsschiffen in der Heimat und in Uebersee Dienst getan. Dank seiner Befähigung erhielt er schon als jüngster Stabsoffizier der ganzen Seemacht den Befehl über einen Kreuzer und wurde in seiner Führungslinie unter vielen Lobspreisen als geeignet zum Ulinenschiffskommandanten bezeichnet. Aber in diesem seinem frisch und fesselnd geschriebenen Buch erzählt er, wie er 1904 während des russisch-japanischen Krieges im forstamtigen Ehemulpa mit einem Soldaten des Mikado ins Gespräch kam, der, Student und Sozialist, ihm den Star über den kapitalistischen Hintergrund der Kriege nach. Seitdem beschäftigte sich Persius höchst unheimlich mit kapitalistischen Fragen und erwarnte sich für Väterberühmung und Würdigung. Den Hals brach ihm, daß er, für die U-Boot-Waffe eingenommen, in einer Fachzeitschrift gegen die sich auf Großkampfschiffe erstreckende Seepolitik des Reichsmarineministers ging. Als Kapitän zur See, was dem Rang eines Obersten im Landheer entspricht, mußte der Vierunddierzigjährige seinen Abschied nehmen.

Da Persius seiner Gegenwart nicht nur von außen fern, malt er nicht propagandistisch schwarz in schwarz. Er macht kein Hehl daraus, daß er in seiner Laufbahn manchen prächtigen Kameraden liebgehabt, manchen idealen Vorgesetzten schätzen lernte. Auch vertritt er die Meinung, daß das Seesoffizierkorps im Sinn für eine anständig ehrenhafte Lebensführung andre Glänze übertraffen habe, obwohl der Rang, sich aus Messingblech Ersparnisse zurückzulegen, Dienstreisen nur um der Tagesgelder wegen zu machen und „mit Vorbmitteln“, das heißt mit fiskalischem Eigentum, Privatarbeiten herstellen zu lassen, stark entwickelt war; weil etwa die Frau Admiral Putzberg für ihre Küche brauchte, mußte ein gänzlich schadhafte Fahrrad des Herrn Admirals in feinsten Baumholzwerk und teures Segeltuch verpackt werden. Auch fügt Persius hinzu: „Wahres Ehrgefühl, das u. a. verlangt, daß man das eigene Interesse dem der Allgemeinheit unterordnet, den Mitmenschen als seinen Bruder achtet, also auch den Untergebenen, konnte es weder in der Armee noch in der Flotte Preußen-Deutschlands geben.“

Dafür mag Persius mit Recht nicht den einzelnen, sondern das System verantwortlich. Da er noch mehrere Jahre unter dem alten Wilhelm diente, hatte er reichlich Gelegenheit, die Wandlung des Systems zum Schlechteren und die nicht vorteilhafte Forderung im Geiste des Seesoffizierkorps zu beobachten, die sich unter Wilhelm II. vollzog. Früher gab es einen guten, alten Seemannsgeist, der schon infolge seiner Auslandsreisen auf einem erheblich höheren kulturellen Niveau stand als der durchschnittliche Landoffizier und trotzdem bescheiden blieb. Aber die stete, unerbittliche Wilhelm II. für die Flotte tigten unter den Marineoffizieren düstere, überhebliche, feil nach, während zugleich ihre geistige Haltung durch Einschränkung der Kommandos außerhalb der heimischen Gewässer auf die des Armeesoffiziers herabsank. Wenn dafür unter dem ersten Wilhelm kaum je ein Seesoffizier an einer kriegerischen Beteiligung der deutschen Flotte im großen Maßstab dachte, zogen Wilhelm II. und Tirpitz den Kriegsgesicht in der Marine groß, bis schließlich bei Feiern in der Messe „der Sieg über den britischen Löwen mit Seki besprochen wurde“. Dieses Dramatisieren ging oft Hand in Hand mit einer verblüffenden Unkenntnis über Stand und Größe der andern Seemächte.

Der Seesoffizier in der Zeit Wilhelm I. fühlte sich auch mehr als Kamerad der Desoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Allerdings spielte damals bei Anreicherung der Manneszucht der Stod eine große Rolle. „Schon als Seelabett bestundete man seinen Dienstleister am schlafenden, wenn man rechts und links mit dem Taubende Hebe ausstellte. Wie viele Mittel zerbrachen auf dem Rücken der Leute beim Segelgerieren!“ Als, wie Persius ausdrücklich feststellt, durch die unablässige Arbeit der Sozialdemokratie dieser Barbare im Ende gerufen wurde, blieb gelassen die unüberwindliche Scheidewand zwischen Offizierskorps und Mannschaft. Gegen die Auslösung der Offiziersjahre wurde weit mehr auf Herkunft, Minderstufe und Verbindungen gesehen als auf wissenschaftliche Eignung;

Stresemann über staatsmännische Opposition

Berlin, 11. Dezember. (Vgl. Amtspräsident der Reichsregierung Dr. Stresemann sprach am Donnerstagabend im Reichstag von der staatsmännischen Opposition der Parteien der Weimarer Koalition. Er führte u. a. aus: Die deutsche Volkspartei hat sich für die Stärkung der staatsmännischen Opposition eingesetzt. Er sprach sich für eine stärkere Zusammenarbeit der Parteien aus. Er erwähnte die staatsmännische Opposition als ein notwendiges Element der Regierung. Er schloß mit dem Satz: Die staatsmännische Opposition ist ein notwendiges Element der Regierung. Er schloß mit dem Satz: Die staatsmännische Opposition ist ein notwendiges Element der Regierung.